

Republik Südafrika selbst blieb allerdings von der Reise ausgespart, da dieser Staat auch nach dem Ende der Apartheid-Politik an seinen etablierten Beziehungen zu Taiwan festhält. In der Tat scheint die Anti-Taiwan-Werbung das Hauptanliegen der Zhu-Reise gewesen zu sein, obwohl der Besucher immer wieder zu beteuern versuchte, daß es ihm ausschließlich um die Erneuerung des "gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft zwischen dem chinesischen und den afrikanischen Völkern" gehe. (XNA, 17.7.95)

Bei seinem Besuch in Harare (Simbabwe) schlug er drei Punkte für die weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen vor, nämlich (1) Erweiterung der gegenseitigen Unterstützung sowie bessere Bedingungen für Frieden und Stabilität, (2) Vertiefung der freundschaftlichen Konsultationen und (3) Zusammenarbeit auf den Prinzipien der Gegenseitigkeit. (XNA, 26.7.95)

Nach diesen Prinzipien hatte sich freilich Taiwan jahrzehntlang besonders vorbildlich verhalten und sich dabei soviel Vertrauen erworben, daß einige afrikanische Staaten wie Malawi, Swasiland, Lesotho, Guinea-Bissau und die Zentralafrikanische Republik es sogar vorzogen, offizielle Beziehungen mit der Republik China aufrechtzuerhalten oder aber sie wieder aufzunehmen. Zu den "Zauderern" und "Wanderern zwischen den zwei chinesischen Welten" gehört mittlerweile auch Südafrika, von dem sich die VR China eigentlich mehr Entschlußkraft erwartet hätte. Kein Wunder, daß die "Ein-China-Formel" am Rande der Gespräche Zhus immer und immer wieder auftauchte.

Am 22. Mai besuchte Zhu bei seinem Aufenthalt in Tanzania auch die Hauptverwaltung der TAZARA (Tanzania-Zambia-Railway), die in den frühen 70er Jahren mit chinesischer Entwicklungshilfe aufgebaut worden war und die sich längst als eine der Ruinen chinesischer Entwicklungshilfe erwiesen hat. Um wieder mehr Effizienz in den Betrieb zu bringen, sei die Zahl der Arbeiter mittlerweile von 6.500 auf 4.000 reduziert worden, bekam Zhu bei seiner Visite zu hören. (XNA, 24.7.95) -we-

*(4)

Ende der Nukleartests in China?

Die VR China hat seit Oktober 1964 insgesamt 42 Kernwaffenversuche durchgeführt - die frühesten dazu sogar

noch in der Atmosphäre - stets zur "Selbstverteidigung", wie es nach jedem der Tests hieß. Einzelheiten zur Nuklearpolitik der VR China sind auch im Militärthema des vorliegenden Heftes zu finden (Abschnitt 2.1.3.3).

In einem Gespräch mit der Redaktion der FAZ versicherte Staats-, Partei- und Militärführer Jiang Zemin am 14. Juli in Bonn, daß sich China für die "Unterzeichnung eines nuklearen Teststoppabkommens noch vor Ende 1996" einsetzen wolle (FAZ, 15.7.95). Bis dahin aber will China - ermutigt durch die Politik Frankreichs - noch einige Versuche durchführen. Daran kann wohl auch der Protest einiger Greenpeace-Mitglieder am 15. August auf dem Tiananmen-Platz in Beijing nichts ändern. Die Demonstranten wurden vielmehr sofort verhaftet; außerdem mußten Touristen, die Aufnahmen von der Demonstration geschossen hatten, ihre Filme herausgeben.

Gegen weitere chinesische Atomversuche hat sich auch das japanische Parlament mit Beschluß von 25. Juli 1995 ausgesprochen. Japan sei bisher der Hauptbetroffene von Atomwaffenangriffen gewesen und habe daher das Recht, nicht nur Frankreich, sondern auch China zu warnen (Kyodo in SWB, 27.7.95).

Die chinesische Atompolitik und nicht zuletzt die von den USA immer wieder behauptete Zusammenarbeit Chinas mit Pakistan auf nuklearem Gebiet ist vor allem für Indien ein ständiger Quell der Beunruhigung. Indien ist ein nuklearer Schwellenstaat, möglicherweise auch bereits ein Staat mit voller Nuklearbewaffnung. Bisher hat es sich geweigert, dem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen beizutreten und hat auch bei der Konferenz zur Verlängerung des NPT (Non-Proliferation Treaty) Anfang Mai in New York durch Abwesenheit geglänzt.

Auch der (insgesamt 42.) Atombombenversuch, den China schon wenige Tage nach Beendigung der NPT-Konferenz durchführte, hat Indien in seinem Mißtrauen gegenüber dem nördlichen Nachbarn bestätigt. Nach wie vor hält Indien deshalb auch an der Weiterentwicklung seiner Mittelstreckenrakete "Prithvi" fest, die mit einem nuklearen Sprengkopf ausgerüstet werden kann. -we-

Innenpolitik

*(5)

Zhu Rongji und Parteidokumente verwerfen westliches und taiwanesisches Demokratiemodell

Während eines Aufenthalts in Tanzania hat sich der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji (Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des KP-Politbüros) für einen eigenständigen chinesischen Weg zur Demokratisierung ausgesprochen. In westlichen Medien würde das "Gerücht" verbreitet, daß die chinesische Führung sich einer Demokratisierung des politischen Systems entgegenstelle. Diese Behauptungen seien haltlos. Die chinesische Führung behalte sich allerdings einen anderen Weg zur Demokratie vor, als ihn das westliche Mehrparteiensystem vorzeichne. Der Westen habe keinen Exklusivanspruch darauf, die "wahre Demokratie" zu repräsentieren.

In China habe man ein System der Mehrparteien-Kooperation unter Führung der Kommunistischen Partei geschaffen (angesprochen ist hiermit die Rolle der acht sogenannten "Demokratischen Parteien" als untergeordnete Konsultativorgane im Rahmen des chinesischen Staatskorporatismus). Dieses System befördere nicht nur mit offenkundigem Erfolg den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, sondern "stellt sicher, daß für die Interessen jedes einzelnen gesorgt wird". Der "Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Armut" gehöre zu den grundlegenden Zielen des chinesischen Regierungssystems. (XNA, 24.7.95; bemerkenswert ist, daß die *Volkszeitung* über diese Äußerungen Zhus nicht berichtete.)

Mit dieser Stellungnahme reiht sich Zhu Rongji mit Lee Kuan Yew (Singapur) und Mahathir (Malaysia) in die Gruppe der ostasiatischen Politiker ein, die von westlichen Modellen abgesetzte Sonderformen der "asiatischen Demokratie" als förderlich für die wirtschaftliche und soziale Modernisierung proklamieren. Autoritäre Herrschaft wird von diesen Politikern mit den Erfordernissen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Stabilität gerechtfertigt.

In internen Dokumenten der KPCh war im Juli nicht nur die Universalität des westlichen Demokratiemodells abgestritten worden. Auch die Demokratisierungsschübe in Osteuropa und Taiwan wurden expressis verbis kritisiert, da sie zu Instabilität und "politischem Chaos" geführt hätten. (SCMP, 2.7.95)

Die Beijinger Parteizentrale reagiert damit auf Äußerungen des Präsidenten Taiwans, Lee Teng-hui (Li Denghui), der während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten im Juni die "Taiwan-Erfahrung" als ökonomisches und politisches Leitbild für das chinesische Festland gepriesen hatte: "... our achievements in Taiwan can most certainly help the process of economic liberalization and the cause of democracy in China". (FCJ, 16.6.95, S.7-8) Da die "Taiwan-Erfahrung" in der VR China nicht wenigen als attraktives Entwicklungsmodell erscheint, sieht sich die Beijinger Parteiführung offenbar gezwungen, solchen Strömungen entgegenzutreten. -hei-

*(6)

Korrumpierte Funktionäre unter Druck: Amtsenthebungen und neue Disziplinarorgane

Die Mitte 1993 ausgerufene Kampagne zur Korruptionsbekämpfung hat seit Anfang des Jahres an Schwung gewonnen. KP-Generalsekretär Jiang Zemin kann in seinen Appellen, das Partei und Staat zersetzende "Virus" der Korruption mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen, offenbar weiterhin auf breite Unterstützung im Ständigen Ausschuß des Politbüros wie auch unter den Revolutionsveteranen zählen.

Besonders das Partei-Establishment der Stadt Beijing wurde im Frühjahr zum Gegenstand größerer Säuberungsaktionen. (Siehe C.a., 95/4, S.269-9) Der stellvertretende Bürgermeister, Wang Baosen, der sich wegen gegen ihn laufender Korruptionsermittlungen das Leben genommen hatte, wurde inzwischen postum aus der Kommunistischen Partei ausgestoßen. Wang habe insgesamt mehr als 100 Mio. Yuan RMB und über 25 Mio. US-Dollar an öffentlichen Geldern veruntreut, um geschäftliche Aktivitäten von Familienmitgliedern und einen überaus dekadenten Lebenswandel (Luxusvillen, Konkubinen etc.) zu finanzieren. Wang Baosen sei "moralisch verkommen" (*daode baihuai*) gewesen und habe dem Prestige der Kommunistischen Partei "äußerst schweren Schaden" zugefügt. (RMRB, 5.7.95)

Der Fall des ehemaligen Parteichefs der Stadt Beijing, des Politbüro-Mitglieds Chen Xitong, wird zur Zeit noch untersucht. Chen soll intern beschuldigt worden sein, verantwortlich für die Entstehung eines "Imperiums der Korruption" in der Hauptstadt zu sein. Er habe nicht nur Wang Baosen protegiert, sondern auch eigenen Familienmitgliedern durch korrupte Machenschaften zu geschäftlichem Erfolg verhelfen wollen (Chen Xitongs Frau, sein Sohn und sein Privatsekretär sollen deshalb verhaftet worden sein). (SCMP, 14.7.95) Aufgrund der guten Verbindungen Chen Xitongs zu einflußreichen Revolutionsveteranen ist es nicht wahrscheinlich, daß er einer besonders harten Bestrafung unterzogen wird.

Seit Anfang des Jahres sollen etwa 40 hochrangige Beijinger Funktionäre zum Gegenstand von Korruptionsermittlungen geworden sein. Weiterreichende politische Beweggründe spielen für diese Säuberungsmaßnahme eine maßgebliche Rolle: Aus dem Beijinger Partei-Establishment waren in den vergangenen Jahren wiederholt kritische Äußerungen gegenüber KP-Generalsekretär Jiang Zemin laut geworden. Jiang kann die Korruptionsvorwürfe nutzen, um sich einiger unliebsamer innerparteilicher Kritiker zu entledigen.

Allerdings fordert die Anti-Korruptionskampagne nicht nur in Beijing hochrangige Opfer. Auch ein stellvertretender Gouverneur der Provinz Hubei wurde kürzlich wegen illegaler Börsenspekulation und Bestechlichkeit seines Amtes enthoben. Die Disziplinar-Kommission des KP-Zentralkomitees hatte den Fall an sich gezogen. (XNA, 3.8.95)

Auch unterhalb der Provinzstufe sind die Disziplinarorgane aktiv und überprüfen das Amtsgebaren von Funktionären auf Stadt- und Bezirksebene. So hat etwa eine Disziplinar-Kommission in der Provinz Jilin festgestellt, daß unter 203 überprüften städtischen Führungskadern (Parteisekretäre und Bürgermeister sowie ihre Stellvertreter) sich 18 verschiedener Korruptionsvergehen schuldig gemacht hätten. Vier Fälle seien so schwerwiegend, daß sie an die Staatsanwaltschaften weitergeleitet würden. Die anderen Fälle sollen durch interne Disziplinarmaßnahmen geregelt werden. Im Laufe der Untersuchungen habe sich auch herausgestellt, daß 26 Funktionäre, gegen die Korruptionsanzeigen vorlagen, entlastet werden konnten. (XNA, 3.8.95)

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitung *Lianhe Bao* hat die KP-Kommission für Politik und Recht (diese Kommission ist eines der wichtigsten ressortübergreifenden Führungsorgane unter dem Politbüro und beaufsichtigt den chinesischen Justiz- und Sicherheitsapparat) 300 erfahrene und integre Kader aus Disziplinarorganen, Staatsanwaltschaften, Gerichten und Rechnungsprüfungsbehörden Chinas zusammengezogen, die besonders schwerwiegende Fälle von Korruption und Wirtschaftskriminalität untersuchen sollen. Im Namen der ZK-Disziplinar-Kommission werden die ausgewählten Kader landesweit Schwerpunktermittlungen durchführen und dazu mit besonderen Vollmachten ausgestattet sein. Um lokale Widerstände gegen die Korruptionsermittlungen zu brechen, werden in bestimmten Fällen Spitzenkader aus der Parteizentrale die Untersuchungskommissionen anführen. So hat kürzlich der mächtige Hauptbüroleiter (Generalsekretär) des Staatsrats, Luo Gan (Absolvent der Bergakademie in Freiberg, Sachsen), Ermittlungen in der Provinz Guangdong persönlich geleitet. (LHB, 8.7.95, nach SWB, 25.7.)

Es bleibt abzuwarten, ob die von KP-Generalsekretär Jiang Zemin vorangetriebene Anti-Korruptionskampagne nachhaltige Wirkungen entfalten wird. Die Bedrohung durch offizielle Ermittlungen wird zumindest kurzzeitig dazu führen, daß sich hochrangige Funktionäre in den Provinzen eine gewisse Zurückhaltung in ihrer privaten Bereicherung auferlegen müssen. Die derzeit durchgeführten Ermittlungen durch im Lande umherreisende, hochrangige Untersuchungskommissionen sind ein Fortschritt gegenüber der zuvor gepflegten Untätigkeit. Langfristig werden aber nur unabhängige, außerparteiliche Kontrollorgane Abhilfe schaffen können. Einen solchen Schritt aber wagt die Parteiführung aus Angst vor der Beschränkung ihres Machtmonopols nicht. -hei-

*(7)

Tibet: Zuwanderung und Personaltransfer aus chinesischen Provinzen

Ein Mitglied der von Beijing eingesetzten Regierung der "Autonomen Region" Tibet hat kürzlich ausführlicher zur han-chinesischen Zuwanderung nach Tibet hinein Stellung genommen. Cering Samzhub, stellvertretender Vorsitzender der Autonomen Region (diese Position entspricht dem Rang eines

stellvertretenden Gouverneurs in den chinesischen Provinzen), tat dies aus Anlaß des Informationsbesuches eines Beamten aus dem britischen Außenministerium. (XNA, 23.7.95)

Der hochrangige tibetische Kader machte folgende Aussagen:

- Verschiedenen Zensus-Erhebungen zufolge hielten Angehörige der tibetischen Volksgruppe einen Bevölkerungsanteil von 96%. Damit weise Tibet unter den Autonomen Regionen der VR China die geschlossenste nicht-chinesische Volksgruppe auf. (In Xinjiang halten nicht-chinesische Muslime nur noch einen Anteil von rund 60% an der Gesamtbevölkerung; in der Inneren Mongolei sind inzwischen nur noch rund 15% der Bevölkerung als Mongolen registriert).
- Die Han-Chinesen, die man in den Straßen Lhasas und anderer chinesischer Städte sehe, müsse man zu einem großen Teil der Wanderbevölkerung zurechnen. Dabei handele es sich um ein soziales Phänomen, das zur Zeit in allen Städten der VR China zu beobachten sei. In Tibet trügen die Zuwanderer zwar teilweise zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. Ein dauerhafter Wohnsitz in Tibet werde ihnen aber nicht gewährt.
- Zum Zwecke der landwirtschaftlichen Entwicklung Tibets habe man sich versuchsweise darum bemüht, Bauern aus Zentral- und Westchina für die Erschließung von Ackerland zu gewinnen. Diese Bemühungen hätten sich aber inzwischen als vergeblich herausgestellt: Die chinesischen Bauern hätten die harten Lebensbedingungen in Tibet nicht ertragen.
- Insgesamt seien 18.000 Han-Chinesen für verantwortliche Positionen in Verwaltung und Wirtschaft angeworben worden. Deren Tätigkeit sei aber auf eine Dauer von maximal acht Jahren begrenzt. Dann gingen sie in ihre Heimat zurück.
- Das gleiche gelte für die mehr als 500 Führungskader, die kürzlich in ganz China ausgewählt worden seien, um den Wirtschaftsaufbau Tibets zu fördern. Diese würden nur für drei Jahre in Tibet bleiben. (RMRB, 13.7.95)

Die in diesen Stellungnahmen enthaltenen statistischen Angaben sind mit Vorsicht zu genießen. Nach offiziellen chinesischen Angaben leben in der "Autonomen Region" Tibet heute rund 2,2 Mio. Menschen, darunter etwas mehr als 80.000 Chinesen, die mit Wohnsitz

in Tibet registriert sind. Han-Chinesen sollen demnach nur rund 3,7% der Gesamtbevölkerung Tibets stellen. (Nebenbei: Insgesamt leben auf chinesischem Territorium unter Einschluß tibetischer Siedlungsgebiete, die in den vergangenen Jahrzehnten chinesischen Provinzen zugeschlagen wurden, rund 5 Mio. Menschen, die als Tibeter registriert sind; XNA 23.5.95).

Nach Recherchen der *Washington Post* kann man, was den chinesischen Bevölkerungsanteil angeht, weder den offiziellen chinesischen Angaben noch den wesentlich höher veranschlagten Angaben der tibetischen Exilregierung trauen. (IHT, 16.9.94) Nach Schätzungen dieser Zeitung halten sich rund 40.000 zugewanderte chinesische Unternehmer sowie mindestens 65.000 Mann starke Truppen der VBA und der Bewaffneten Volkspolizei sowie deren Angehörige permanent in Tibet auf. Hinzu kommt eine schwankende Zahl von Abenteurern und Wanderarbeitern. Zählt man diese Han-Chinesen zu den offiziell registrierten 80.000 hinzu, so könnte sich der chinesische Bevölkerungsanteil in der "Autonomen Region" auf insgesamt 10-15% belaufen. (In der Hauptstadt Lhasa allerdings stellen Chinesen inzwischen schätzungsweise mindestens die Hälfte der Bevölkerung von offiziell 150.000 Personen. Das Bild, das Lhasa bietet, ist insofern nicht repräsentativ für ganz Tibet.)

Der Zuwanderungsdruck war in den letzten Jahren groß und wurde von den politischen Führungen in Beijing und Lhasa zum großen Teil geduldet. Zwar werden Einkommensanreize etwa zur Anwerbung von chinesischen Verwaltungskadern und Facharbeitern gewährt. Der Großteil der spontan zuwandernden Chinesen kommt jedoch nicht in den Genuß solcher Begünstigungen. So muß hinter der Zuwanderung nicht unbedingt eine gezielte, großangelegte politische Strategie Beijings zur allmählichen "Minorisierung" der Tibeter in Tibet stehen. Vielmehr reicht es aus, dem Zuwanderungsdruck einfach nichts entgegenzusetzen.

In den letzten Jahren ist Tibet mehreren zehntausend wanderungswilligen Chinesen offensichtlich als eine Art Eldorado erschienen. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die Attraktivität Tibets als Zuwanderungsziel infolge der äußerst schwierigen Lebensbedingungen sowie der begrenzten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten wieder abzunehmen beginnt. So scheint das Ansied-

lungsprogramm für chinesische Bauern im Lhasa-Tal, das in der oben zitierten offiziellen Stellungnahme erwähnt wird, nicht von großem Erfolg gekrönt zu sein. Es wird sich zeigen, ob sich dieser Trend bestätigt und zu einer Linderung der ethnischen Spannungen in Tibet beitragen kann.

Wie steht es um die chinesische Herrschaft über Tibet? In der westlichen Tibet-Diskussion wird vor dem Hintergrund des ethnischen Konflikts das Ausmaß der tibetischen "Kollaboration" mit den chinesischen Herrschern tendenziell unterschätzt. Trotz des anhaltenden Personaltransfers aus chinesischen Gebieten und strikter politischer Kontrolle durch die Beijinger Parteizentrale führt nichts an der Erkenntnis vorbei, daß es ohne die aktive Mitwirkung einer beachtlichen Zahl von Tibetern Beijing weit mehr Schwierigkeiten bereiten würde, seine Herrschaft über Tibet aufrechtzuerhalten.

Nach offiziellen Angaben gehören auf den verschiedenen Verwaltungsebenen der "Autonomen Region" Tibet 60-70% der Führungskader der tibetischen Volksgruppe an. (RMRB, 9.5.95) In den letzten zehn Jahren sollen 10.000 Tibeter ihren Militärdienst in der chinesischen Volksbefreiungsarmee geleistet haben. Demobilisierte tibetische Soldaten bilden in vielen örtlichen Partei- und Staatsorganen das Rückgrat der Staatsverwaltung. (Xinhua, 31.5.95, nach SWB, 6.6.95) Diese Angaben mögen geschönt sein. Die Existenz tibetischer "Kollaborateure" aber läßt sich nicht leugnen.

Die chinesischen Kommunisten haben Tibet mit Waffengewalt unterworfen und unterdrücken die tibetische kulturelle und religiöse Tradition immer noch weitgehend rücksichtslos. Kommunistische Partei, Verwaltung und Sicherheitsorgane können sich jedoch auf eine beachtliche Zahl kooperationsbereiter Tibeter stützen. Diese Tibeter machen sich meist weniger aus politischer Überzeugung den chinesischen Herrschern dienstbar, sondern vielmehr, weil sie sich einfache Vorteile von der Zusammenarbeit mit den Chinesen und von der wirtschaftlichen Modernisierung Tibets versprechen. -hei-

*(8)

Chinas Juristen im Aufbruch? Der Aufstieg der Rechtsanwälte und die Defizite des Gerichtswesens

Seit den achtziger Jahren sind in der VR China nicht nur Hunderte neuer Gesetze und Rechtsverordnungen verabschiedet

worden (siehe C.a., 1994/3, S.271), auch das Personal des chinesischen Rechtssystems hat einen rapiden Zuwachs zu verzeichnen. Besonders deutlich wird dies an der Zahl der Rechtsanwälte: Während es 1980 nur rund 1.000 Rechtsanwälte und zur Zeit der Gründung des Gesamtchinesischen Anwaltsverbandes 1986 nur knapp 14.000 gab, ist die Zahl heute auf offiziell 82.000 gewachsen. Darüber hinaus sollen gegenwärtig insgesamt 7.000 Anwaltskanzleien in China bestehen, die in unterschiedlichem Maße von staatlicher Kontrolle unabhängig operieren können. (XNA, 16.7.95) Auch waren Anfang 1995 41 Zweigstellen internationaler Anwaltssozietäten in China zugelassen. (XNA, 17.2.95)

Eine Anwaltstätigkeit im Bereich des Wirtschaftsrechts gehört heute zu den lukrativsten Berufen in China. Erfolgreiche Anwälte zählen inzwischen zu den Großverdienern unter Chinas Akademikern. Junge Absolventen der juristischen Fakultäten werden zum Teil schon vor ihrem Abschluß von Unternehmen und Anwaltskanzleien angeworben, denn gut ausgebildete Juristen sind Mangelware in China. Nur rund 10.000 Juristen schließen zur Zeit jährlich das Universitätsstudium ab; die Ausbildungskapazitäten der juristischen Fachbereiche sind weiterhin außerordentlich begrenzt.

So plant das Justizministerium, die außeruniversitäre Ausbildung von Juristen vor allem durch Fernschulungen in den nächsten Jahren gezielt zu fördern. Die Qualität der Absolventen dieser Studiengänge soll durch national einheitliche Prüfungen und hohe Anforderungen gesichert werden. Nach Schätzungen des Justizministeriums werden bis zur Jahrhundertwende 150.000 Rechtsanwälte, 30.000 Notare sowie 200.000 sachkundige Rechtsberater benötigt, um die Funktionsfähigkeit des Rechtssystems sicherzustellen. Eine Verdoppelung des gegenwärtigen Personalstands wird als wünschenswert eingeschätzt. (Xinhua, 8.5.95, nach SWB, 10.5.95)

Während der Rechtsanwaltsstand in China in raschem Aufschwung begriffen ist, kommt die Erneuerung des Gerichtswesens nur schleppend voran. Zwar genießt die Rechtsprechung im Bereich des Wirtschaftsrechts weitaus größere Entscheidungsspielräume als jemals zuvor in der VR China. Aber die politische Abhängigkeit und Beeinflussbarkeit der Gerichte stellt weiterhin eine schwere Hypothek für das chinesische Rechtswesen dar.

In China existieren auf vier Organisationsstufen gegenwärtig knapp 3.000 Untere Volksgerichte auf Kreisebene, 381 Mittlere Volksgerichte auf Bezirksebene, 30 Obere Volksgerichte auf Provinzstufe und das Oberste Volksgericht in Beijing (hinzu kommt eine Reihe von Sondergerichten etwa in der Armee und im Transportwesen). 125.000 Richter sind in diesen Gerichten tätig.

Nach Erkenntnissen des amerikanischen Rechtsgelehrten Donald C. Clarke ("Even Judges Sometimes Progress", in: *China Exchange News*, Winter 1994, S.12-15.), der mehrjährige empirische Forschungen über das Gerichtswesen in China durchgeführt hat, bestehen einschneidende Defizite des chinesischen Gerichtssystems in folgenden Punkten:

- *Mangelnde Qualifikation des Gerichtspersonals*

Im chinesischen Gerichtswesen fehlt es weiterhin an qualifiziertem Personal. Die politische Zerschlagung und Vernachlässigung des Rechtssystems zwischen 1959 und 1979 zieht heute noch negative Folgen nach sich. Besonders in den Unteren Volksgerichten der Kreisstufe sind oft demobilisierte Soldaten und andere Veteranenkader als Richter tätig, die über keine formale juristische Ausbildung verfügen. 1993 hatte ein Drittel (!) der chinesischen Richter keinerlei höhere (geschweige denn eine spezialisierte juristische) Ausbildung durchlaufen; sie verlassen sich in ihrer Rechtsprechung oft mehr auf ihr Gefühl und auf politische Erwägungen, als auf die Texte der vielen neuen Gesetze und Verordnungen, die in rascher Folge verabschiedet werden.

- *Politische Abhängigkeit der Richter*

Parteikomitees und Organisationsabteilungen der Kommunistischen Partei kontrollieren weiterhin die Ernennung und Abberufung von Richtern. Gerichtspräsidenten nehmen fast ausnahmslos einen niedrigeren Rang in der Parteihierarchie ein als leitende Parteikader derselben Verwaltungsebene. So können sich die Gerichte nur sehr selten eigenwillige Entscheidungen gegenüber den politischen Organen erlauben.

In der Praxis der Rechtsprechung spielen die Kommissionen für Politik und Recht (*zhengfa weiyuanhui*), durch die die Kommunistische Partei die Aufsicht über Justiz- und Polizeiorgane wahrnimmt, weiterhin eine entscheidende Rolle. Über die Partei-

institutionen hinaus existiert in jedem chinesischen Gericht ein Gremium der ranghöchsten Richter (oft Parteimitglieder), das nicht selten nach politischen Opportunitätsgesichtspunkten Urteile für bestimmte Gerichtsverfahren vorgibt.

Die Volksgerichte werden in offiziellen Stellungnahmen des Beijinger Justizministeriums auch heute noch häufig als Organe der Staatsverwaltung bezeichnet, die vor allem zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Kriminalitätsbekämpfung beitragen sollen. Eine unabhängigere Stellung gegenüber Partei und Verwaltung, die deren Machtstellung begrenzen könnte, ist nicht vorgesehen. (Xinhua, 18.6.95, nach SWB, 20.6.95)

- *Gerichtsschutz und Korruption*

Politisch beeinflusste Urteile bleiben dominierend im Bereich des politischen Strafrechts (Dissidentenprozesse) und des Verwaltungs- und Polizeirechts. Hier prägen die politischen Interessen der Partei die Urteilsformulierung vor.

Im Bereich des Wirtschaftsrechts sind die Entscheidungsspielräume der Gerichte wesentlich größer. Dies gilt allerdings nicht, wenn die Haushaltslage der jeweiligen Gebietskörperschaft durch ein Gerichtsurteil unmittelbar betroffen ist: Häufig werden Prozesse, die zu finanziellen Belastungen für ein örtliches Unternehmen und damit zu sinkenden Abführungen solcher Unternehmen an die öffentlichen Haushalte führen könnten, von direkten politischen Interventionen der lokalen Partei- und Regierungsorgane begleitet. Die Gerichte erhalten in einem solchen Falle meist Anweisung, das Verfahren niederzuschlagen. Dies wird in chinesischen Fachzeitschriften und in Tätigkeitsberichten des Obersten Volksgerichts als "lokaler Protektionismus" beklagt. Die enge Verbindung zwischen lokalen Regierungen und Gerichten ist die Ursache für dieses Phänomen.

- *Mängel beim Vollzug von Gerichtsurteilen*

Es ist unter diesen Bedingungen nicht überraschend, daß es, selbst wenn es ausnahmsweise zu politisch "inopportunen" Urteilen kommt, grundsätzlich schwierig ist, diese Gerichtsurteile gegenüber mächtigen und politisch gut verbundenen Beklagten durchzusetzen. Chinesische Gerichte

verfügen im Geflecht der staatlichen Vollzugsorgane, etwa gegenüber Polizei und Verwaltung, nicht über eine gesicherte Autorität. Ob sich ein Gerichtsurteil exekutieren läßt, wird nicht durch die formalisierten Regelungen des Rechtssystems bestimmt, sondern vor allem durch den innerparteilichen Rang, die politischen Verbindungen und die persönliche Hartnäckigkeit, über die der jeweilige Gerichtspräsident verfügt.

Noch aus einem anderen Grund ist die Wirksamkeit von Gerichtsurteilen begrenzt: Urteile, die zu Lasten beispielsweise eines Unternehmens aus einer anderen Provinz ausfallen, werden von der dortigen lokalen Regierung in der Regel nicht exekutiert. Aus lokalem Interesse geht die Protektion der Unternehmen im eigenen Amtsbereich grundsätzlich vor. Gerichtsurteile, die in anderen Regionen gegen örtliche Unternehmen ergangen sind, werden meist solange ignoriert bis ein höhergestelltes Gericht sich der Sache annimmt.

Örtliche Beziehungs- und Korruptionsgeflechte spielen in solchen Fällen sowohl für das Gerichts- als auch für das Verwaltungshandeln eine wichtige Rolle. Im Mai dieses Jahres wurde beispielsweise der Präsident des Oberen Volksgerichts der Provinz Hebei wegen Korruption aus dem Amt entlassen. (XNA, 12.5.95)

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich trotz der Reformen des chinesischen Rechtssystems Autorität und Position der Gerichte im politischen System nicht substantiell verbessert haben: Die Gerichte sind weiterhin "Geschöpfe der Verwaltungsebene, die ihr Personal ernannt", wie Donald Clarke es formuliert. Zwar kommt den Gerichten im Bereich des Wirtschaftsrechts eine gewisse Vergrößerung des eigenständigen Entscheidungsspielraums zugute. Die chinesischen Gerichte sind aber weiterhin meist so eng mit den existierenden politischen Strukturen verflochten, daß sie aus eigener Kraft kaum zur Überwindung der Defizite im Rechtssystem beitragen können. -hei-

*(9)

Nationale Konferenz zur Steuerung der Binnenmigration

Anfang Juli fand in Xiamen (Provinz Fujian) eine viertägige nationale Konferenz zur Steuerung und Kontrolle der Binnenmigration statt. Die Konferenz wurde im Namen von KP-Zentralko-

mittee und Staatsrat (Regierung) veranstaltet, so daß die Beschlüsse autoritativen Charakter für das gesamte chinesische Regierungssystem besitzen. Spitzenfunktionäre aus Beijing und den Provinzen forderten dazu auf, entschiedene Maßnahmen zur Steuerung der innerchinesischen Wanderungsbewegungen zu ergreifen. Staatsorgane, die mit Fragen der Öffentlichen Ordnung und Sicherheit betraut sind, waren auf der Konferenz besonders stark vertreten. (RMRB, 9./10./ 12.7.95; FZRB, 12.7.95)

Ziel der Konferenz, so Ren Jianxin (Mitglied des ZK-Sekretariats der KPCh und Vorsitzender der ZK-Kommission für die umfassende Regelung der gesellschaftlichen Sicherheit) war die Diskussion konkreter Maßnahmen zur administrativen Lenkung der Migrationsströme unter Einbeziehung lokaler Erfahrungen.

In einer Rede stellte Luo Gan, Generalsekretär (Hauptbüroleiter) des Staatsrats und stellvertretender Vorsitzender der ZK-Kommission für die umfassende Regelung der gesellschaftlichen Sicherheit, die geplanten Maßnahmen zur Lenkung der Migration vor.

Luo Gan gab an, daß sich zur Zeit rund 80 Mio. Chinesen auf Wanderschaft befinden, von denen 44 Mio. von den Polizeiorganen erfaßt und mit befristeter Aufenthaltserlaubnis registriert seien. Ein großer Teil der Binnenwanderung spiele sich innerhalb der Grenzen einzelner Provinzen ab. Problematischer sei die Kontrolle der überregionalen Wanderungsströme. Zwar habe die Staatsverwaltung in den vergangenen Jahren schon vielerlei Anstrengungen unternommen, die Wanderungsbewegungen zu steuern. Aber es gebe noch viele Defizite, so daß der Strom der Überschubarbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten sich weitgehend ungeordnet zwischen den Regionen bewege. Hierdurch entstehe eine Reihe von Problemen, wie z.B. die ungleichgewichtige Arbeitskräftestruktur aufgrund der Abwanderung in manchen Regionen oder die Verletzung der Rechte und Interessen externer Arbeitskräfte und Geschäftsleute in den Zielgebieten der Zuwanderung.

Luo Gan zufolge ist es notwendig, die Mehrheit der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte in Beschäftigungsverhältnissen auf lokaler Ebene unterzubringen. Eine Strategie der gleichzeitigen Förderung von landwirtschaftlicher

Entwicklung sowie ländlicher Industrialisierung und Urbanisierung müsse verfolgt werden. Im gleichen Zuge sei die Errichtung eines am Bedarf orientierten Arbeitsmarktes für Wanderarbeiter sowie eine Verstärkung der polizeilichen Kontrolle der Wanderbevölkerung (Wohnsitzkontrolle, Kriminalitätsbekämpfung) notwendig. Luo Gan betonte, daß es sich bei der Steuerung der Migrationsströme um eine Aufgabe handele, die unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Ordnung habe.

Der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo (Mitglied des KP-Sekretariats) legte auf der Konferenz dar, daß die derzeitigen Wanderungsbewegungen dem Transfer überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte in neue Beschäftigungsbereiche zugute kämen. In China gebe es gegenwärtig 450 Mio. ländliche Arbeitskräfte, von denen 120 Mio. als überschüssig einzuschätzen seien. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts werde sich die Zahl auf mehr als 200 Mio. erhöhen. So würden zusätzlich zu den jetzt schon auf Arbeitssuche befindlichen Chinesen noch 80 Mio. weitere hinzukommen, für die Arbeitsplätze innerhalb der nächsten fünf Jahre zu schaffen seien.

Angesichts so gewaltiger Bevölkerungsverschiebungen sei es unvermeidlich, daß "in einer gewissen Phase" die Wanderungsbewegungen "blind und ungeordnet" vonstatten gingen. Lasse man diese Entwicklung aber einfach weiterlaufen, so würden soziale Stabilität und wirtschaftlicher Fortschritt beeinträchtigt. Die Regulierung der Wanderungsströme sei eine "komplexe, langfristige Arbeit", die ganz verschiedene Bereiche der öffentlichen Verwaltung wie Haushaltsregistrierung, Öffentliche Sicherheit, Arbeitsvermittlung, Industrie und Handel, Gesundheitswesen und Familienplanung betreffe. Es handele sich um eine Querschnittsaufgabe, die nur durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Regionen bewältigt werden könne.

Mitte Juli hat die Stadt Beijing mit der Umsetzung einer Verordnung zur Kontrolle der Migrationsströme begonnen. Die Verordnung umfaßt Regeln zur Beschäftigung, Anmietung von Wohnungen sowie zur Geburtenkontrolle. Voraussetzung für die Beschäftigung ist nach diesen Bestimmungen eine amtliche Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Von den Arbeitgebern wird verlangt,

daß sie die Vorschriften über Arbeits- und Wohnbedingungen einhalten. So darf der zur Verfügung gestellte Wohnraum nicht kleiner als drei Quadratmeter pro Kopf sein. Die Beschäftigten haben außerdem Anspruch auf soziale Absicherung. In einer Untersuchung im November 1994 war die Anzahl der Migrationsbevölkerung in Beijing mit rund 3,3 Mio. angegeben worden. (Xinhua, Beijing, nach SWB, 17.7.95) -schü-/st-/hei-

Kultur und Gesellschaft

*(10)

Presse- und Publikationswesen: Unverändert starke Parteikontrolle

Ähnlich wie andere Wirtschaftszweige hat auch der Publikationssektor seit Beginn der Reformpolitik einen großen Aufschwung genommen und ist zu einem boomenden Sektor geworden. In den vergangenen 16 Jahren hatte er eine jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 28,3% zu verzeichnen. Während es 1978 nur 105 Verlage gab, hat sich deren Zahl bis 1994 auf 557 registrierte Verlage erhöht. Allein im Jahr 1994 brachten sie über 6 Mio. Bücher und 2,2 Mrd. Zeitschriften heraus. Dieser Zuwachs hat etliche Probleme mit sich gebracht, von denen vor allem eine Verschärfung der Papierknappheit, nachlassende Qualitätsstandards und Managementprobleme (d.h. Probleme hinsichtlich der Kontrolle durch die Partei) genannt werden. Aufgrund dieser Probleme hat die Regierung jetzt beschlossen, das Wachstumstempo des Publikationssektors zu verlangsamen. Wie von seiten der Staatlichen Behörde für das Presse- und Publikationswesen verlautete, soll das jährliche Wachstum der Verlage künftig auf 2% begrenzt werden. (SCMP, 21.7.95)

Durch diese Beschränkung kann der Druck auf die Papierknappheit gemildert werden, aber wichtiger dürfte für die Partei wiegen, daß durch die Kappung der Wachstumsraten eine bessere Kontrolle über den Publikationssektor ermöglicht wird. Nach wie vor betrachtet die Partei, genauer: die Propagandaabteilung des ZK, das Veröffentlichungswesen als ihre ureigenste Domäne, die sie für Propagandazwecke nutzt und der sie die Aufgabe zuschreibt, das Volk mit korrektem Gedankengut zu

versorgen. Deshalb will sie sich ihr Kontrollmonopol erhalten und verhindern, daß ihr angesichts der wachsenden Fülle neuer Veröffentlichungen jeglicher Art die Kontrolle entgleitet. Vorgeschieben werden vielfach formale Qualitätsmängel, wie die zunehmende Zahl von Fehlern und mangelhaftes Korrekturlesen, oder technische Managementfehler wie Mißachtung des Copyrights oder Durchgehenlassen pornographischer Werke, die die Partei verstärkte Qualitätskontrollen fordern lassen (ebd.). In Wirklichkeit aber geht es um ideologische Kontrolle.

Um die Verantwortlichen im Medienbereich auf eine einheitliche ideologische Linie zu bringen, hat die Propagandaabteilung in diesem Jahr bereits mehrere Konferenzen für leitende Journalisten einberufen. Der Anfang wurde mit Chefredakteuren der Parteizeitungen auf Provinzebene gemacht; es folgten zwei Tagungen, die gemeinsam mit dem Ministerium für Funk, Film und Fernsehen veranstaltet wurden, eine für die Direktoren der Provinzfernsehanstalten, eine für die Direktoren der Provinzrundfunkanstalten. Zu einer vierten Veranstaltung hatte die Propagandaabteilung kürzlich die Chefredakteure von Parteizeitungen der Provinzhauptstädte und der Städte mit provinzgleichen Entscheidungsbefugnissen eingeladen. (Xinhua Inlanddienst, Beijing, 2.7.95, nach SWB, 4.7.95) Auf diesem Seminar wie schon zuvor wurde an die Teilnehmer appelliert, "das Volk mit den richtigen Ansichten zu leiten". Dies sei ihre vornehmste Aufgabe, deren Erfüllung für die Reform, Entwicklung und Stabilität des Landes äußerst wichtig sei. Es gelte politisches Bewußtsein, Verantwortungsgefühl und Sinn für Chinas Situation zu fördern und die Einheit mit dem ZK der Partei zu bewahren. Der Journalismus habe dem Volk und dem Sozialismus zu dienen und seine Propagandaarbeit zu verbessern. (Ebd.)

Sowohl für Journalisten als auch für Verleger und Verlagspersonal gibt es berufsethische Regeln, in denen u.a. der Dienst am Volk und am Sozialismus, gesellschaftliche Verantwortung, Aufrechterhaltung moralischer und ideologischer Standards, Disziplin und Gesetzestreue gefordert werden. Für Journalisten wurden die ethischen Normen im Mai 1991 erlassen (RMRB, 6.5.91), für Verleger und Verlagspersonal im Mai 1995 (RMRB, 3.5.95). Geplant ist auch der Erlaß eines Publikationsgesetzes, des ersten überhaupt. Ein Entwurf ist vor kurzem dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses unterbreitet worden (SCMP, 21.7.95).

Bezeichnend für die Sonderstellung des Publikationssektors ist auch, daß die Privatwirtschaft bislang keinen Zugang zu ihm hat. Die Situation sei noch nicht "reif" dafür, daß Privatleute Verlage betreiben, hieß es von offizieller Seite (ebd.). Angesichts ihres allgemeinen Autoritätsverlustes scheint die Partei bestrebt zu sein, eine ihrer wichtigsten Möglichkeiten für politisch-ideologische Kontrolle mit aller Macht zu halten. -st-

*(11)

Stärkung der Parteiarbeit an Hochschulen

Vom 10.-13. Juli 1995 fand in Beijing die fünfte nationale Konferenz über den Parteaufbau an den Universitäten und Hochschulen statt. Sie wurde von den führenden Parteigremien der Organisations- und Propagandaabteilung des ZK sowie der Staatlichen Bildungskommission veranstaltet. Teilnehmer waren Vertreter verschiedener Parteikomitees und Erziehungsbehörden der Provinzebene sowie von 108 Universitäten und Hochschulen. (Vgl. RMRB, GMRB, 11.7.95) Auf der Tagung ging es vor allem um die Stärkung der Führungsorgane der Hochschulen und um die moralische Erziehung der Studenten. Wie Erziehungsminister Zhu Kaixuan in seinem Bericht betonte, werde das Ansehen der Hochschulen Chinas im 21. Jahrhundert ganz wesentlich von den Fähigkeiten der Führungsorgane abhängen. Diese seien zum Teil den vor ihnen stehenden Aufgaben hinsichtlich Reform und Entwicklung der Hochschulen aufgrund ideologischer und theoretischer Probleme und mangels Führungsqualitäten nicht gewachsen. Das Hauptproblem aber seien die Überalterung der Führungsgremien und der Mangel an Nachwuchskräften. Als wichtigste Aufgaben bezeichnete er die Verbesserung der Qualität der Führungskader an den Hochschulen, die Auswahl von Nachwuchskadern nach strengen Maßstäben, die Verbesserung der Leitungsstrukturen, den Aufbau einer vernünftigen Altersstruktur, um zu verhindern, daß alle gleichzeitig aus dem Amt scheiden (in den nächsten fünf Jahren werden dem Minister zufolge gut 60% aller Führungskader an den Hochschulen pensioniert), sowie die Verbesserung der Beziehungen zwischen Partei und Regierung innerhalb der Führungsgremien und des Systems, nach dem die Universitäts- und Hochschulpräsidenten "unter der Führung der Parteikomitees" die Verantwortung tragen.